

Exklusiv-Interview mit Hartmut Schauerte, MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Beauftragter der Bundesregierung für den Mittelstand

Im Juni dieses Jahres haben Sie die BMWi-Konferenz „WISSEN MACHT ZUKUNFT“ in Berlin eröffnet. Was sind die Ergebnisse dieser mit 200 Experten aus Wirtschaft, Verwaltung, Wissenschaft und Politik gut besuchten Konferenz?

Welche neuen Schritte sollen für die erfolgreiche Wissensnutzung in Unternehmen und Behörden Ihrer Auffassung nach eingeleitet werden?

Hartmut Schauerte: Zunächst einmal haben die hohe Beteiligung und die durchweg positiven Rückmeldungen zur Konferenz gezeigt, dass Wissensmanagement ein besonders wichtiges Thema im Mittelstand und in der öffentlichen Verwaltung ist. Für mich ist klar, dass der Umgang mit der Ressource Wissen und der Einsatz von Wissensmanagement-Instrumenten kein Selbstzweck ist, sondern sich an den Unternehmenszielen orientieren und letztlich am Unternehmenserfolg messen lassen muss.

Die bei der Veranstaltung vorgestellten Projekte der Initiativen „WissensMedia“ und „Fit für den Wissenswettbewerb“ haben eindrucksvoll gezeigt, dass Werkzeuge und Methoden des IKT-gestützten Wissensmanagements inzwischen in ausreichendem Maße vorhanden sind und den Praxistext bestanden haben. Neben der Technik kommt es aber auch auf den Menschen an. Eine wichtige Erfahrung in vielen Projekten war, dass Wissensmanagement nur da funktioniert, wo die Mitarbeiter zur Nutzung motiviert werden und die Unternehmens- oder Behördenleitung hinter dem Konzept des Wissensmanagements steht.

Die wichtigsten Ergebnisse aus den Wissensmanagement-Projekten des BMWi haben wir in einem Leitfaden „Wissensmanagement in kleinen und mittleren Unternehmen und öffentlicher Verwaltung“ zusammengefasst, der auf der Konferenz vorgestellt wurde und zum kostenlosen Download auf der BMWi-Internetseite zur Verfügung steht.

Natürlich wollen wir uns noch nicht mit dem Erreichten zufrieden geben. Der breitenwirksame Transfer von jetzt vorhandenen Wissensmanagement-Lösungen speziell in das mittelständische Umfeld bleibt auch in Zukunft ein wichtiges technologiepolitisches Handlungsfeld. Wir werden weiter auf bewährte Instrumente wie die Wissensmanagement-Plattform www.wissensmanagen.net und die Zusammenarbeit mit Multiplikatoren setzen. Dabei wird es auch darauf ankommen, die schon bestehenden zahlreichen Netzwerke und Initiativen auf regionaler, nationaler oder internationaler Ebene besser einzubinden und miteinander zu vernetzen. Darüber hinaus greifen wir die zukünftigen technologischen Herausforderungen auf: So wollen wir mit dem Leuchtturmprojekt THESEUS eine neue internetbasierte Wissensinfrastruktur aufbauen, um eine bessere Wissensnutzung und -verarbeitung über das Internet zu erreichen. Das wird kleinen und mittleren Unternehmen neue Chancen eröffnen, zusätzliche Geschäftsfelder zu erschließen und die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern.

Allgemein wird die wirtschaftliche Lage insgesamt als positiv eingeschätzt. Gleichwohl beurtei-

len Mittelständler die allgemeine Geschäftslage etwas weniger günstig als große Unternehmen. Wie schätzen Sie als Mittelstandsbeauftragter die wirtschaftliche Entwicklung ein? Ist der Mittelstand eine Lokomotive für die Konjunktur?

Hartmut Schauerte: Der wirtschaftspolitische Umschwung in Deutschland ist geschafft. Deutschland erlebt den kräftigsten Aufschwung seit 6 Jahren. 2006 wurde mit einem Zuwachs von real 2,9 % der zweitstärkste Anstieg des Bruttoinlandsprodukts nach der Wiedervereinigung erzielt. Für 2007 rechnen wir mit einem Wachstum von 2,3%. Der Mittelstand hat sich wieder zur Konjunkturlokomotive entwickelt. Die Stimmung im Mittelstand ist so gut wie seit vielen Jahren nicht mehr. Und den aktuellen Umfragen zufolge sind auch die Geschäftsaussichten für die nächste Zeit positiv. Dieser Erfolg ist vor allem den mittelständischen Unternehmen selbst, die ihre Wettbewerbsfähigkeit weiter erhöht haben, und ihren Mitarbeiter zu verdanken. Aber auch die Politik hat mit Ihren Entscheidungen zu dieser positiven Entwicklung beigetragen.

Die gute Geschäftslage schlägt sich auch positiv auf dem Arbeitsmarkt nieder. So haben die mittelständischen Unternehmen bereits im vergangenen Jahr rund 250.000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen. Befragungen, zum Beispiel des DIHK, zeigen, dass die kleinen und mittleren Unternehmen auch zu den für dieses Jahr erwarteten zusätzlichen 470.000 Arbeitsplätzen maßgeblich beitragen werden.

Am 19. Juli 2006 hat die Bundesregierung die Mittelstandsinitiative beschlossen. Welche Maßnahmen sind heute schon umgesetzt, was befindet sich auf dem Rechtsweg, was befindet sich noch in der Planung und was gestaltet sich als schwierig?

Hartmut Schauerte: Einen Großteil der fast 70 Maßnahmen in den Bereichen Gründungsförderung, Bürokratieabbau, Innovation, Finanzierung, Mobilisierung von Wagniskapital, Ausbildung, Außenwirtschaftsförderung und Verbesserung der allgemeinen Rahmenbedingungen haben wir inzwischen umgesetzt. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Selbständigkeit, Unternehmertum und unternehmerisches Wachstum haben sich deutlich verbessert. Das spürt der Mittelstand. Beispielhaft nenne ich nur den Abbau bürokratischer Belastungen, die Unternehmenssteuerreform sowie die Verlängerung und Weiterentwicklung des Ausbildungspaktes. Ein weiteres Beispiel ist die deutliche Aufstockung des Fördervolumens für die Gebäudesanierung. Im letzten Jahr wurden über das Programm 265.000 Wohnungen und Eigenheime saniert. Hiervon haben insbesondere das Handwerk und die Bauwirtschaft profitiert. Bis 2009 geben wir für dieses Programm jährlich rund 1,4 Mrd. Euro aus.

Wir wollen den Menschen Mut zum Aufbruch in die Selbständigkeit machen. Dafür ist zum Beispiel die Einführung des Pfändungsschutzes für die Altersvorsorge Selbständiger ein wichtiger Meilenstein. Dank dieser Regelung wird künftig das angesparte

Kapital einer Lebensversicherung oder einer privaten Rentenversicherung vor unbeschränktem Pfändungszugriff geschützt. Bislang waren Selbständige hinsichtlich ihrer Altersvorsorgesicherung gegenüber Arbeitnehmern deutlich benachteiligt. Wer als Selbständiger in Konkurs ging, sei es aufgrund der Insolvenz der Firma oder durch private Gläubiger, musste bislang fürchten, dass auch sämtliche Mittel zur Alters-



Hartmut Schauerte MdB

sicherung gepfändet und liquidiert werden. Deshalb haben wir ein Gesetz zum Pfändungsschutz der Altersvorsorge Selbständiger verabschiedet, das seit dem 31. März 2007 in Kraft ist. Besonders erfreulich ist, dass es auch gelungen ist, das Thema der Hinterbliebenenversorgung in den Pfändungsschutz mit einzubeziehen.

Die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft hängt im hohen Maße von gut ausgebil-

deten Fachkräften ab. Erfreulicherweise hat sich das Ausbildungsplatzangebot zuletzt sehr positiv entwickelt. So wurden in 2006 bei den Kammern insgesamt 4,7 % mehr abgeschlossene Ausbildungsplätze registriert als im Jahr davor. Und in diesem Jahr setzt sich der positive Trend fort. Bis Ende Juli wurden bei den Industrie- und Handelskammern rund 10 % mehr abgeschlossene Ausbildungsverträge registriert als im Vorjahr, bei den Handwerkskammern waren es sogar 13,4 %. Zu dieser erfreulichen Entwicklung hat der Ausbildungspakt maßgeblich beigetragen. Der Pakt wurde im März für weitere drei Jahre verlängert und weiterentwickelt. Der Bundesverband der Freien Berufe wurde als zusätzlicher Paktpartner gewonnen. Mit 60.000 neuen Ausbildungsplätzen pro Jahr hat die Wirtschaft ihre Zusage von 2004 verdoppelt. Dies ist ein gutes Zeichen für den Wirtschaftsstandort Deutschland.

Zu den Maßnahmen, die noch in den parlamentarischen Gremien behandelt werden, gehört die Reform des GmbH-Rechts. Ich hoffe, dass die Gesetzesnovelle noch im 1. Halbjahr 2008 in Kraft treten kann. Mit ihr wollen wir die Gründung von Unternehmen mit dieser Rechtsform erleichtern und beschleunigen. Die Gründung einer regulären GmbH soll zukünftig bereits mit einem Stammkapital von 10.000 Euro möglich sein. Bislang sind es noch 25.000 Euro. Eine GmbH kann aber künftig auch mit einem Stammkapital von weniger als 10.000 Euro als sogenannte haftungsbeschränkte Unternehmungsgesellschaft gegründet werden. Auch wollen wir den Gründungsprozess dadurch erleichtern, dass bei einfachen GmbH-Grün-

dungen künftig auf eine Muster-satzung zurückgegriffen werden kann. Dann braucht der Gründer keine notarielle Beurkundung mehr, es reicht eine Beglaubigung der Unterschriften, die kostengünstiger ist. Maßnahmen der Mittelstandsinitiative, die sich schwierig gestalten, sehe ich derzeit nicht.

Die deutsche Wirtschaft hat in den letzten Jahren immer wieder bürokratische Hürden beanstandet. Reichen die jetzt vorliegenden ersten Ergebnisse zum Bürokratieabbau und besseren Rechtsprechung aus, oder müsste im Interesse des Mittelstandes noch an „Tempo“ und „Umfang“ zugelegt werden?

Hartmut Schauerte: Ich kenne die Klagen unserer Wirtschaft und bin mit den Unternehmen völlig einig, dass unnötige Bürokratie und Überregulierung Zeit und Geld – gerade der kleinen und mittleren Unternehmen – vergeudet. Und je kleiner die Unternehmen, desto mehr leiden sie unter der Bürokratie. Folgerichtig gilt es, den Mittelstand umfassend von unnötiger Bürokratie zu entlasten. In der Bundesregierung ist Bürokratieabbau Chefsache. In bislang beispielloser Weise und sehr intensiv haben wir uns mit diesem Thema beschäftigt und sind dabei systematisch vorgegangen.

Erstens: Wir rücken dem geltenden Recht zu Leibe. Mit dem „Ersten Mittelstands-Entlastungsgesetz“ wurden als Sofortmaßnahme 16 Einzelvorhaben zur Beseitigung bürokratischer Hemmnisse in Kraft gesetzt. Der ebenfalls beschlossene, 37 Einzelvorhaben umfassende Maßnahmenkatalog für längerfristige mittelstandsfreundliche Reformvorhaben wurde zu zwei Drittel bereits 2006 umgesetzt bzw. ist zur Umsetzung noch im laufenden Jahr fest eingeplant. Die zweite Runde einer bundesweiten Ausschreibung für Vorschläge zu Bürokratieabbau und Deregulierung aus den Regi-

onen wurde erfolgreich zu Ende geführt; gut jeder dritte der insgesamt 138 Vorschläge wurde in konkrete bundesrechtliche Erleichterungen umgesetzt. Der in meinem Hause erarbeitete Entwurf eines „Zweiten Mittelstands-Entlastungsgesetzes“ mit weiteren 17 Entlastungsvorhaben wurde in Bundestag und Bundesrat bereits verabschiedet. Das Gesetz wird in Kürze im Bundesgesetzblatt veröffentlicht. Alles in allem haben wir mit siebzig konkreten Vorhaben begonnen, bestehende Bürokratiepflichten z. B. in der Statistik, im Steuer- und Sozialrecht sowie bei der Gewerbeausübung zu beseitigen. Noch in diesem Jahr werden wir ein Drittes Entlastungsgesetz in Angriff nehmen.

Zweitens: Wir sorgen vor der Verabschiedung neuer Gesetze für mehr Kostentransparenz. Mit einer Bürokratiekostenmessung nach dem Standard-Kostenmodell evaluieren wir Aufwand und Kosten neuer Gesetze und der Nationale Normenkontrollrat macht bereits vor der parlamentarischen Beratung eines jeden Gesetzes sichtbar, wie viel Bürokratie damit verbunden sein wird. Damit schaffen wir eine nie da gewesene Transparenz, und bereiten den Boden für intelligente Vermeidungsstrategien. Zudem hat die Bundesregierung beschlossen, die Bürokratiekosten bis Ende 2011 um 25 Prozent zu senken.

In weniger als einer halben Legislaturperiode haben wir viele wichtige Grundsteine für eine durchgreifende Entlastung von unnötiger Bürokratie und Überregulierung gelegt. Gleichwohl bleibt noch genug zu tun, denn Bürokratieabbau ist eine politische Daueraufgabe, vor allem auch im Interesse der kleinen und mittleren Unternehmen. Daran arbeiten wir mit Nachdruck und dafür setze ich mich auch ganz persönlich ein.

Die demographische Entwicklung der Gesellschaft führt zu neuen Herausforderungen in den nächs-

ten Jahrzehnten. Was wären Ihrer Meinung die wichtigsten Maßnahmen, die hier von der Wirtschaft ergriffen werden sollten? Stichwort: Unternehmensnachfolge, Belegschaftsstruktur, Zuwanderung und Ausbildungssysteme.

Hartmut Schauerte: Die demografische Entwicklung wird dazu führen, dass das Gesamtreservoir, aus dem sich Unternehmensgründer und qualifizierte Fachkräfte heraus entwickeln können, in den nächsten Jahrzehnten deutlich abnehmen wird. Wir müssen deshalb alles dafür tun, das Reservoir besser auszuschöpfen. Dazu gehören eine bessere schulische Bildung, kürzere Studienzeiten und ein früherer Eintritt in das Berufsleben. Die Wirtschaft ist zudem gefordert, wieder mehr ältere qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu beschäftigen und deutlich mehr in Weiterbildungsmaßnahmen zu investieren. Eine entscheidende Voraussetzung dafür ist u. a. die Schaffung einer altersgerechten Unternehmenskultur, die die Beschäftigungsfähigkeit von älteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erhält und ihre Potenziale nutzt. Auch muss es uns gelingen, die Erwerbsbeteiligung von Frauen weiter zu erhöhen. Eine zentrale Voraussetzung hierfür ist die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Mit ihrer Beteiligung am Ausbau der Betreuungsplätze für unter 3-jährige leistet die Bundesregierung hier einen wichtigen Beitrag. Aber auch die Unternehmen sind gefordert. Denn eine familienfreundliche Personalpolitik wird zu einem wichtigen Wettbewerbsfaktor, wenn es darum geht, qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu gewinnen und zu halten. Zur Zuwanderung haben wir in Meseberg Beschlüsse gefasst, die in bestimmten Engpassbereichen die Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen für Bewerber aus den neuen EU-Mitgliedstaaten erleichtert.

Mit der Reform der Erbschaftssteuer wollen wir die Unternehmensnachfolge bei mittelständischen Unternehmen erleichtern. Immerhin brauchen in den kommenden fünf Jahren rund 350.000 Unternehmen einen Nachfolger oder eine Nachfolgerin. Unsere Nachbarn in Österreich, aber auch Italien und Schweden, erheben die Erbschaftssteuer nicht oder bald nicht mehr. Vorschläge, die auf eine höhere Belastung der Erben drängen, fördern also die Steuerflucht zu diesen Nachbarn. Sie erweisen damit weder dem Fiskus noch unserem Wirtschaftsstandort einen Gefallen. Um Arbeitsplätze und Investitionen zu sichern, bleibt für mich eine Entlastung bei Unternehmen unabdingbar.

Sie haben in den letzten Monaten verschiedentlich bei internationalen Begegnungen, etwa auf dem „Mittelstand-Kongress“ in Russland oder beim „Deutsch-ungarischen Bauwirtschaftstag“ die positive Rolle des Mittelstandes als stabilisierenden Faktor und wichtigen Impulsgeber für Europa betont. Sind die Rahmenbedingungen für den deutschen Mittelstand ausreichend, um im Wettbewerb, gerade auch im europäischen Kontext, nach der Erweiterung der EU zu bestehen?

Hartmut Schauerte: Die Große Koalition hat die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die kleinen und mittleren Unternehmen deutlich verbessert. Hinzu kommt, dass der Mittelstand seine Hausaufgaben gemacht und seine Wettbewerbsfähigkeit weiter erhöht hat. Die deutlich steigenden Exporte – auch in die neuen osteuropäischen EU-Mitgliedsländer – sind hierfür ein deutlicher Beweis. Für die Erweiterung der EU sehe ich deshalb den Mittelstand gut gerüstet.

Das Interview führte Jürgen Klocke

BMW Roadshow Wissensmanagement in Osnabrück

Am 11. September 2007 gastierte die vom BMWi initiierte bundesweite Roadshow Wissensmanagement in Osnabrück. Die Initiative greift den großen Bedarf in KMUs nach Impulsen und Handlungsanweisungen für die praktische Umsetzung von Konzepten, Methoden und Vorgehensweisen des Umgangs mit Wissen auf. Auf den Veranstaltungen werden ausgewählte Beispiele erfolgreicher praktischer Anwendung eines wertschöpfenden Umgangs mit Wissen von Praktikern für Praktiker in Unternehmen vorgestellt und diskutiert. Die „KMU-Roadshow Wissensmanagement“ als Element der BMWi-Initiative „Fit für den Wissenswettbewerb“ wird unter der Leitung des Instituts für Seeverkehrswirtschaft und Logistik (ISL) und unter Beteiligung der Core Business Development GmbH, Berlin, der ck2-Beratung für Wissensmanagement, Bielefeld, der Vollmar Wissen+ Kommunikation, Reutlingen und der Arbeitsgemeinschaft für wirtschaftliche Verwaltung e.V. (AWV), Eschborn im Auftrag des BMWi organisiert. Im Rahmen dieser Initiative wurden bislang 11 Veranstaltungen zu unterschiedlichen Schwerpunktthemen durchgeführt. Themen der Workshops sind u. a.: Wissensweitergabe bei Fach- und Führungskräftewechsel, Wissensmanagement in Netzwerken, Lernen im Team, Wissensmanagement in Projekten, Unterstützung von Wissensmanagement mit Datenbanken und Wissenszentraler Baustein für mehr Innovationen.

Auf der Veranstaltung in Osnabrück „Wissen – der zentrale Baustein für mehr Innovationen“ in der IHK Osnabrück-Emsland präsentierten Rainer Weichbrodt, Geschäftsführer der H. Brühne Baustoff und Transport GmbH, Eberhard Richter, Geschäftsführer der Richter Furniertechnik

GmbH und Co. KG. sowie Oliver Schael, Leiter der Systementwicklung & Normung der Hettich Management Service GmbH erfolgreiche Praxisbeispiele eines Wert schöpfenden Umgangs mit Wissen in Unternehmen. In der anschließenden Diskussion und in den von den Referenten moderierten Kleingruppen (Work Cafe) vertieften die 32 Teilnehmer/innen anschließend Ihre Erfahrungen im



Auf der Veranstaltung in den Räumen der IHK Osnabrück-Emsland diskutierten 32 Teilnehmer/innen lebhaft über den erfolgreichen Umgang mit Wissen.



Work-Cafe: Erfahrungsaustausch in wechselnden moderierten Kleingruppen mit den Referenten und Unternehmensvertretern.

Umgang mit Wissen. Dabei wurden intensiv Möglichkeiten der Transformation der dargelegten Praxisbeispiele für eine Implementierung ähnlicher Vorgehensweisen in den eigenen Unternehmen erörtert.

Die nächsten Veranstaltungen der Roadshow sind in Villingen-Schwenningen, Kassel, Dresden, Greifswald, Balingen, Konstanz und Potsdam geplant. Weitere Informationen finden Sie unter: www.wissensmanagen.net oder direkt bei der AWV: www.awv-net.de

(jk)